

Basta!

Nr. 3 / September 2007

Basels starke Alternative

Die Initiative Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen ist da

Seit einigen Monaten treffen sich ExponentInnen der SP und von Basta! (Sibel Arslan und Irene Amstutz), um eine Initiative für das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen auf die Beine zu stellen. Am 4. September wurde nun die Initiative offiziell lanciert.



Das Ziel bestand von Anfang an darin, ein Personenkomitee zu gründen, das möglichst auch im bürgerlichen Lager abgestützt ist. Denn die Initiative soll eine Chance haben oder

doch mindestens einen Meinungsbildungsprozess in weiten Teilen der Bevölkerung auslösen. Wir konnten nur wenige bürgerliche PolitikerInnen gewinnen. Dies, obwohl beispielsweise die FDP das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen in ihrem Programm hat und auch Pascal Couchepin das Anliegen grundsätzlich unterstützt.

Die Formulierung des Initiativtextes wurde von Basta! vorgeschlagen und lautet: „Einwohner und Einwohnerinnen, die das Schweizer Bürgerrecht nicht besitzen, erhalten das kantonale Stimm- und Wahlrecht, wenn sie mindestens 5 Jahre Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben und im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind.“

Der Text fügt sich sinnvoll und widerspruchsfrei in die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt ein. Der Initiativtext

ist deutlich besser als die strenge Formulierung, die vom Verfassungsrat diskutiert worden ist. Damals wurde verlangt, dass die Kriterien der Einbürgerung erfüllt sein müssen. Nun kann man leicht verkürzt sagen: alle hier Niedergelassenen sollen stimmen dürfen. Die fünf Jahre Wohnsitz sind nicht als zusätzlich Hürde gedacht, sondern kommen dort zur Anwendung, wo eine Niederlassungsbewilligung beispielsweise bereits nach 2 Jahren erteilt wurde. Die Einschränkung zeigt unsere Bereitschaft, das Gegenargument zu respektieren, dass Zugewanderte ihr neues gesellschaftliches und politisches Umfeld kennen sollten, bevor sie politisch mitbestimmen dürfen.

Die neue Verfassung ist nun seit gut einem

Jahr in Kraft, eine gewisse Schonfrist, sie nicht schon wieder zu verändern, ist verstrichen. Über die letzte Volksinitiative zum selben Thema wurde vor 13 Jahren abgestimmt. Damals wurde sie mit 75 Prozent abgelehnt. Wir wollen ein besseres Resultat erzielen! Das Thema wird nun schon lange diskutiert. So hat der Regierungsrat eine Volksbefragung schon 1999 in seinem Leitbild zur Integrationspolitik angekündigt. Im Jahr 2000 wurde von der Humanistischen Partei eine Initiative eingereicht, die
Fortsetzung Seite 2

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



Hoffentlich müssen die Migrantinnen nicht so lange auf das Stimmrecht warten wie die Frauen. Bild: Demonstration für das Frauenstimmrecht im Jahre 1961. Foto: Staatsarchiv Basel, BSL 1013 1-1532

Immer wieder wird in den Medien über eine Beteiligung der Grünen im Bundesrat spekuliert. Im Welschland haben sich bereits einige grüne Exponenten als mögliche Bundesratskandidaten in Szene gesetzt. Die SP könnte sich eine Mitte-Links-Regierung ohne die SVP, aber unter Einbezug der Grünen vorstellen. Wenn man den professionellen WahldiagnostikerInnen glauben darf, ist für Teile der Wählerschaft eine mögliche Bundesratsbeteiligung der Grünen ausschlaggebend, auch wirklich „grün“ zu wählen. Das schielen auf kurzfristige Wahlgewinne bringt uns meines Erachtens aber keinen Schritt weiter. Diese Stimmen gehen bei der nächstbesten Gelegenheit wieder verloren.



Bereits vor einem Jahr nahm BastA! gegenüber dem Vorstand der Grünen Schweiz in einem Brief Stellung zur Frage der Bundesratsbeteiligung. Das Schreiben hat nichts

an Aktualität verloren und sei deshalb hier auszugsweise zitiert:

„BastA! lehnt eine Mitwirkung der Grünen im Bundesrat zum jetzigen Zeitpunkt strikte ab. Wir machen darauf aufmerksam, dass zwischen einer Regierungsbeteiligung in den Kantonen oder Städten und einem Mitwirken im Bundesrat ein wesentlicher Unterschied besteht. Während die kantonalen/städtischen Regierungen von den Stimmberechtigten gewählt werden (Volkswahl), wird der Bundesrat von den eidgenössischen Räten gekürt, die bekanntlich bürgerlich dominiert sind. Die bürgerliche Mehrheit bestimmt also letztlich, wer als Bundesrat/Bundesrätin genehm ist und wer nicht, und sie hat diesen Trumpf in der Vergangenheit auch schon mehrmals ausgespielt.

Zudem sind wir überzeugt, dass die grüne Partei ihre Wahlerfolge unter anderem auch dem Umstand verdankt, dass sie auf eidgenössischer Ebene gerade nicht in die Regierung eingebunden ist. Es ist von daher auch nicht verwunderlich, dass die SP grosses Interesse an einem grünen Bundesrat bekundet in der Hoffnung, die Grünen damit bei der Wählerschaft um den ‚Oppositionsbonus‘ zu bringen.

Kurz: Solange wir in den eidgenössischen Räten nicht auf eine rot-grüne Mehrheit zählen können, sollte unseres Erachtens nicht über ein Mitwirken der Grünen im Bundesrat spekuliert werden. Eine Wende in der Asyl- und Ausländerpolitik, eine Stärkung des Service public, der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, Ausbau statt Abbau der grossen Sozialwerke etc. können auch mit einer Allianz von CVP, SP und Grünen kaum erreicht werden.

Sollten sich die Mehrheitsverhältnisse in den Räten grundsätzlich ändern, würde sich die Frage neu stellen. Doch auch in diesem angenommenen Fall plädieren wir dafür, eine derart wichtige Weichenstellung nicht ohne vorherige, breite Diskus-

sion an der Basis vorzunehmen. Wir sollten uns nicht in das Abenteuer Bundesrat stürzen, ohne die politischen Konsequenzen eines derartigen Schrittes sorgfältig auszuloten, Vor- und Nachteile abzuwägen und uns über die Rolle der Grünen als Regierungspartei zu verständigen.“

Selbst wenn die Grünen bei den kommenden Wahlen einige Sitze dazugewinnen sollten, wie dies die Wahlprognosen nahe legen, würde sich das Kräfteverhältnis in den eidgenössischen Räten nicht grundsätzlich ändern. Wir sollten uns daher hüten, uns in eine Rolle zu manövrieren, in der wir eine Politik mitverantworten müssten, die wir gegenüber unserer Wählerschaft nicht glaubwürdig vertreten können. Die Grünen erreichen meines Erachtens mehr, wenn sie als nicht in die Regierung eingebundene Partei ihre ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Anliegen konsequent verfolgen, Bündnisse mit sozialen Bewegungen eingehen, wie dies beispielsweise beim IV-Referendum der Fall war, und die direktdemokratischen Instrumente nutzen, um Druck aufzusetzen.

Urs Müller

Stimmrecht für MigrantInnen (Fortsetzung)

allerdings 2004 zurückgezogen wurde. Wie erwähnt wurde auch im Zuge der Verfassungsrevision intensiv über das Thema debattiert. Auf nationaler Ebene war das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen immer wieder ein Thema.

In Basel-Stadt wohnen 28'000 Personen über 18 Jahre mit einer Niederlassungsbewilligung. Sie entsprechen ca. 24 Prozent der Stimmberechtigten. Viele von ihnen sind hier geboren und aufgewachsen. Wir müssen deutlich machen, dass die Demokratie in der Schweiz nicht als Privileg missverstanden werden soll, sondern ein Menschenrecht der einzelnen sein muss.

Interessant finde ich auch, dass bei einer Befragung im Kanton Neuenburg, der schon vor über 150 Jahren ein Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen eingeführt

hat, die ausländischen StimmbürgerInnen dieses als eine Art Geschenk wahrnahmen und als „Belohnung“ für die geleistete Arbeit, das Bezahlen der Steuern etc. Im Gegenzug fühlten sie sich verpflichtet, mehr Verantwortung und Engagement zu übernehmen. Auf der symbolischen Ebene kann das Stimm- und Wahlrecht also einerseits viel für die Integration leisten und andererseits gegen das zunehmenden Desinteresse an staatspolitischen Fragen wirksam sein. Etwas, das wir uns angesichts der sinkenden Wahlbeteiligung auch für SchweizerInnen wünschen würden.

Was viel zu wenig im Bewusstsein auch politisch aktiver Personen ist: in der Schweiz ist es durchaus nicht neu, den Niedergelassenen AusländerInnen das Stimmrecht zu geben. Wie erwähnt hat Neuen-

burg es 1849 auf Gemeindeebene und 2002 auf kantonaler Ebene eingeführt. Der Kanton Jura kennt es auf beiden Ebenen seit seiner Gründung 1978. Auf der Gemeindeebene praktiziert wird es in der Waadt (seit 2003), in Freiburg (seit 2005) und Genf (seit 2005, nur das aktive Stimmrecht). In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Graubünden können die Gemeinden AusländerInnen das Stimmrecht auf Begehren gewähren.

Es hat lange gedauert, bis das allgemeine Stimmrecht (auch Frauenstimmrecht genannt) in der Schweiz flächendeckend eingeführt worden ist. Ich hoffe, dass es diesmal etwas schneller geht, der ausländischen Wohnbevölkerung das Stimmrecht zu verleihen. Für mich als Gleichstellungspolitikern gehört das Engagement für die Gleichstellung auch in dieser Angelegenheit zum Kern meines politischen Engagements.

Irene Amstutz



Sibel Arslan

Zur Demokratie Sorge tragen!

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Demokratie ist eine kostbare Errungenschaft, zu der wir Sorge tragen sollten. Ich weiss das aus eigener Erfahrung. In meinem Herkunftsland Türkei steckt die Demokratie noch in den Kinderschuhen. Der Einfluss der Militärs auf die Politik ist gross. Minderheiten wie die kurdische Bevölkerung haben einen schweren Stand. Es ist ihnen nach wie vor nicht erlaubt, ihre kulturellen Eigenheiten zu pflegen und zu leben.

Umso mehr erschreckt es mich, wie fahrlässig hierzulande gewisse Kreise mit der Demokratie umgehen. Die Idee der Demokratie geht aus von der mündigen Bürgerin und dem mündigen Bürger, die sich nach sorgfältigem abwägen der Argumente ein eigenes Urteil bilden. Die millionenschweren Kampagnen der SVP stehen zu dieser Idee in krassem Widerspruch. Da wird in einer rüden (Bild-)Sprache Ausgrenzung, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit propagiert. Eine Partei, die objektiv die Interessen der ganz Reichen vertritt, schürt in der Bevölkerung die niedrigsten Instinkte wie Hass, Neid und Missgunst. Um Wähleranteile zu gewinnen, ist ihr jedes Mittel recht, auch das Zurechtbiegen der Wahrheit. Das ist Missbrauch der Demokratie und eine Gefahr für die demokratische Tradition der Schweiz.

BastA! kann den Hetzkampagnen der SVP auf der Ebene der Plakate und Inserate wenig entgegenstellen. Zu klein ist unser Budget. Unser Trumpf ist unser ehrliches Engagement für eine solidarische, weltoffene Schweiz, in der Minderheiten geachtet werden, in der alle Menschen ein Recht auf eine gesicherte Existenz und ein Leben in grösstmöglicher Selbständigkeit haben, in der Wirtschaft und Gesellschaft sorgfältig mit der Natur umgehen. Doch ganz ohne Geld kommen auch wir nicht aus. **Helfen Sie uns, das finanzielle Gefälle zwischen der SVP und BastA! ein klein wenig zu mindern**, indem Sie den beiliegenden Einzahlungsschein benutzen und eine Spende überweisen.

Ich danke Ihnen.

Sibel Arslan,

Grossrätin und Nationalratskandidatin



Leben vor Profit



Familie & Arbeit gehen zusammen



Niemand muss arm sein



Schützt das Klima



Diesmal wähle ich grün



Zugvögel aufnehmen



BastA!
Postfach, 4005 Basel
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5

BastA!

Basels starke Alternative

Seit dem 1. September ist Heidi Mück Fraktionspräsidentin des Grünen Bündnisses. Sie hat das Amt turnusgemäss von Jürg Stöcklin übernommen. Karin Haerberli hat mit Heidi Mück gesprochen.

Liebe Heidi, seit 1. September 2007 bist du als Mitglied von BastA! Präsidentin der Grossratsfraktion Grünes Bündnis. Wir gratulieren dir ganz herzlich zu deiner Wahl.

Kannst du bitte unseren Bulletin-Leserinnen und Lesern erklären, welche Aufgaben mit diesem Amt verbunden sind?

Heidi Mück: Als Fraktionspräsidentin vertrete ich die Fraktion nach Aussen und bin Ansprechperson für die Medien. Eine weitere Aufgabe ist die Verteilung der aktuellen Parlamentsgeschäfte an die einzelnen Mitglieder der Fraktion, die Vorbereitung und Leitung der Fraktionssitzungen und die Teilnahme an den interfraktionellen Sitzungen. Oft laufen auch Absprachen oder Austauschgespräche über Positionen zu bestimmten Sachthemen über die Fraktionspräsidien. Das alles bedeutet für mich, dass ich sowohl über die laufenden Geschäfte gut Bescheid wissen muss, als auch die kommenden Traktanden im Auge behalten sollte.

Du folgst zwei männlichen Vorgängern in diesem Amt: Urs Müller, BastA! (2003-2005) und Jürg Stöcklin, Grüne (2005-2007). Mit einer Frau als Präsidentin wird die Fraktion ein anderes Gesicht haben. Wie wird dieser "neue Wind" spürbar sein?

Heidi Mück: Mir ist sehr wichtig, dass unsere Fraktion als starke Einheit auftritt und klare Positionen vertritt, was aber nicht heisst, dass ich jetzt den Fraktionszwang einführen möchte. Abweichende Meinungen kann und darf es durchaus ge-



ben, doch möchte ich mehr Gewicht darauf legen, dass wir Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion klar deklarieren und nach Möglichkeit ausdiskutieren. Bei Mehrheits- und Minderheitspositionen will ich gemeinsam mit meinen FraktionskollegInnen einen Weg finden, wie die Mehrheitsposition vertreten werden kann, ohne dass die Minderheit sich übergangen fühlt und aus diesem Frust heraus der Mehrheit in den Rücken fällt. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: Jedes Traktandum einer Grossrats Sitzung sollte von zwei Leuten für die Fraktionssitzung vorbereitet werden. Es ist üblich, dass eine der beiden verantwortlichen Personen dann auch das Fraktionsvotum übernimmt. Bei der Verteilung der Geschäfte möchte ich deshalb stark darauf achten, dass die wichtigen Themen nicht immer

denselben Personen zugeteilt, sondern gerecht verteilt werden. Konkret heisst das bei unserem hohen Frauenanteil in der Fraktion, dass ich möglichst viele wichtige Themen von Frauen vertreten lassen möchte. Bei umstrittenen Themen sollen möglichst VertreterInnen verschiedener Positionen verantwortlich sein. Um diesem Anspruch – den ich mir selber setze – gerecht zu werden, treibe ich einen hohen Aufwand und führe sogar eine Statistik darüber, wem ich wie viele Geschäfte übertragen habe.

Kannst du als Fraktionspräsidentin auch eigene Akzente setzen? Wenn ja: Welche?

Heidi Mück: Ich habe dieses Amt nicht übernommen, weil ich mich damit profilieren möchte. Bis jetzt war ich im Grossen Rat sehr aktiv, habe viele persönliche Vorstösse gemacht, die zum Teil gute Beachtung gefunden haben und konnte auch spannende Fraktionsgeschäfte übernehmen. Für das Fraktionspräsidium habe ich mir vorgenommen, mich selber etwas zurückzunehmen und meine Energie auf die Fraktion als Ganzes zu konzentrieren, denn die nächsten Grossratswahlen sind ja schon 2008. Mit der Verkleinerung des Parlaments auf 100 Sitze starten wir alle unter erschwerten Bedingungen, da ist es wichtig, dass wir als Fraktion einen starken Eindruck machen und klare Positionen vertreten. Dafür werde ich mich in erster Linie einsetzen.

Das heisst natürlich nicht, dass ich von jetzt an gar keine Akzente setzen werde. Wenn mir etwas wichtig ist, werde ich weiterhin mit vollem Engagement dafür kämpfen, doch meine Position als Fraktionspräsidentin möchte ich nicht dazu benutzen, mich persönlich zu profilieren.

Vielen Dank für deine Antworten. Wir wünschen dir viel Erfolg und Energie für dieses Amt, das dich in den nächsten zwei Jahren intensiv beschäftigen wird.

Herzliche Gratulation

Ruth Amsler ist im Juli 80 Jahre alt geworden. Auch wenn das in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, ist Ruth eine tragende Stütze von BastA! Zusammen mit René Reinhard ist sie immer zugegen, wenn es darum geht, Briefe zu verpacken oder Zeitungen zu etikettieren. Ausserdem gibt es kaum eine emsigere Sammlerin von Unterschriften für Initiativen und Referenden als eben Ruth.

Ruth ist aber auch eine kritische Beobachterin des Zeitgeschehens und hat Zivilcourage. Sie hört viel Radio, und wenn ihr etwas nicht passt, sitzt sie an die Schreibmaschine und verfasst einen gepfefferten Brief. Ihre Kommentare zum Tagesgesche-

hen und zur Politik von BastA! möchte der Sekretär nicht missen, auch wenn ihre Ansichten nicht immer mit den Positionen der Partei übereinstimmen.

Und noch etwas: Ruth hat einen umwerfenden Humor. Wenn der Schalk aus ihren Augen blitzt, folgt bestimmt ein bissiger Spruch. Es tut gut, manchmal über die Politik und die Absurditäten des Alltags zu lachen. Mit ihr kann man das. Wenn Ruth und René auf dem Sekretariat erscheinen, herrscht oft eine heitere Stimmung, und so geht die monotone Arbeit des Verpackens und Etikettierens leicht von der Hand.

Wir gratulieren Ruth ganz herzlich zu ihrem Geburtstag und wünschen ihr alles Gute in den kommenden Lebensjahren.

Im Namen von BastA!: Martin Flückiger

Das Zitat

„Jeder Mord oder Selbstmord, der durch diese Massnahme verhindert werden kann, hat sich gelohnt.“

Mit diesen Worten kommentierte Anita Fetz gegenüber „Echo der Zeit“ den Beschluss, dass Angehörige der Armee künftig die Taschenmunition nicht mehr nach Hause nehmen dürfen.



Keine Angst vor heissen Themen!

Auch in Bern nicht. Denn in Bern wollen wir die nationale Politik mit scharfen und knackigen Beiträgen würzen. Wir wollen uns für die Schliessung der Bildungslücke, für eine intakte Umwelt, gegen die Entstehung einer Kulturwüste, für einen nachhaltigen Energieumschwung und für eine Besserstellung des zivilen Ersatzdienstes einsetzen.



Mirjam Ballmer: Chili für Scharfsinn statt Unsinn

Der Jugend keinen Platz geben ist Unsinn. Deshalb geben wir jungen WählerInnen eine Stimme. Energie verschwenden und die Umwelt verschmutzen ist Unsinn. Deshalb setze ich mich für eine sinnvolle Energiezukunft ein. Geländewagen sind Unsinn. Deshalb sammeln wir Unterschriften gegen spritfressende SUV. Noch mehr Unsinn? Dem begegnen wir mit Scharfsinn.



Franca Mader: Chili statt Kulturwüste

Schluss mit Kulturpolitik, die vom Sponsoring und dem Goodwill der Eliten abhängig ist. Für eine Kulturpolitik, in der die Jugend ihre Freiheiten wahrnimmt. Elitäre Kulturtempel haben wir genug. Für eine Kulturpolitik, die nicht nur Almosen verteilt, sondern Auseinandersetzungen mit Kulturen und Ideologien fördert und mehr in Alternativkultur investiert. Für eine offene, farbenfrohe, abwechslungsreiche und kritische Kulturpolitik.



Jonas Schwarz: Chili statt Bildungslücke

„Lehrpersonen brauchen Autorität – sonst fühlen sie sich schwach!“, steht an eine Schulhauswand gesprayt. Vandalismus oder Hilferuf?

Chili für qualifizierte Lehrkräfte in transparent und konsequent geleiteten Schulen mit klaren Aufträgen und Hilfestellungen aus Politik, Familie und Wirtschaft.

Chili für Persönlichkeitsbildung in angepassten Verhältnissen.

Damit Lehrpersonen sich nicht schwach fühlen müssen. Damit die Sprache der Jugend nicht auf Wänden hängen bleibt.

Chili statt Bildungslücke. Weniger Chaos, Überforderung, Gewalt und Verantwortungslosigkeit. Mehr Bildung für Leistung, Motivation, Perspektiven und Zufriedenheit.



Cyrill Wunderlin: Chili statt Dienstpflicht

Freie Wahl der Art des Dienstes: Militär, Zivilschutz oder Zivildienst!

Abschaffung der nerven-, zeit- und geldraubenden Gewissensprüfung.

Gleichstellung der Dauer von RS und Zivildienst, alles andere ist unfair.

Generelle Anerkennung der Zivildienstleistungen als Berufserfahrungen!

Tagebuch einer Reise nach Venezuela

Internationale Solidarität

Hans Schäppi hat im Mai dieses Jahres mit einer Gewerkschaftsdelegation Venezuela besucht. Wir dokumentieren im folgenden auszugsweise seinen ausführlichen und spannenden Bericht.



Am 9. Mai fliegen wir – vier GewerkschafterInnen und eine Filmemacherin – über Madrid nach Caracas, wo wir am Flughafen von unserem Delegationsleiter und der Übersetzerin abgeholt werden. Der Flughafen liegt am Strand, und so quälen wir uns in zwei Taxis im Feierabendverkehr die Strasse nach Caracas hoch, das 1000 m über Meer liegt.

Beim alternativen TV-Sender Vive-TV

Am nächsten Tag besuchen wir den alternativen Fernsehsender Vive-TV. In Venezuela kontrollieren die grossen privaten TV-Sender über 80% Prozent des TV-Marktes. Der einzige öffentliche Sender, Canal 8, hat eine relativ bescheidene Einschaltquote. Dazu kommt der ebenfalls öffentliche Kultursender Vive-TV und der lateinamerikanischen Sender Telesur. Die grossen Privatsender von nationaler Reichweite bringen, wenn sie nicht gegen die Regierung Chavez wettern, den auch bei uns üblichen amerikanisierten Fernsehschrott. Vive-TV versucht da Gegensteuer zu geben: Er sendet Berichte über die Probleme und Bewegungen in den Armenvierteln, den barrios, die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Er will denjenigen, die bisher in Venezuela stumm waren, eine Stimme geben und deren Erfahrungen und kulturellen Reichtum einbringen. Beim Sender arbeiten alles junge, aufgestellte Leute, die Mehrheit Frauen, und auch die compañera, die den Sender leitet, ist eine Frau.

Beim alternativen TV-Sender Vive-TV

Beseitigung des Analphabetismus

Am Sonntag besuchen wir das barrio del „23 de enero“, ein Armenviertel, das im Kampf gegen die Oligarchie und in der bolivarianischen Bewegung eine wichtige Rolle gespielt hat. Mitten im Quartier ist neben einem riesigen Parkplatz das Quartierzentrum, das unter den früheren, sozialdemokratischen und christdemokratischen Regimes als Polizeistation und Abstellplatz für die gepanzerten Polizeifahrzeuge diente. Heute ist es eine Schule und ein kulturelles Zentrum. Vormittags ist Grundschulunterricht, nachmittags Weiterbildungsschule und von 18-21h Gymnasium bis zur Matura. Der Schulunterricht ist kostenlos. Der Analphabetismus in den barrios konnte mit Hilfe kubanischer Lehrmittel und motivierten LehrerInnen und SchülerInnen

in erstaunlich rascher Zeit beseitigt werden. Auf dem Platz schwatzen wir mit Quartierbewohnern und legen unsere Ängste langsam ab, dass man in einem solchen barrio als Ausländer sofort ausgeraubt wird.

Mitbestimmung bei ALCASA

Nach vier Tagen in Caracas erreichen wir nach einer Busfahrt von 11 Stunden Puerto Ordaz im Osten und Landesinneren von Venezuela, wo wir am folgenden Tag den staatlichen Aluminiumkonzern ALCASA besuchen und ausführliche Gespräche mit den GewerkschaftsvertreterInnen führen. In diesem Aluminiumwerk ist die Mitbestimmung der ArbeiterInnen wohl am weitesten vorangetrieben worden. Die Belegschaft wählt ihre VertreterInnen in Arbeitsgruppen, in denen die verschiedenen Aspekte des Werkes diskutiert werden. Die Arbeiterschaft verfügt über verschiedene Mittel, wie Referenden und Initiativen, um ihre Bedürfnisse einzubringen und das Management zu kontrollieren. Ein wichtiger Aspekt des cambios, des Wechsels, ist die Ausrichtung der Aluminiumproduktion auf die Bedürfnisse der eigenen Gesellschaft und nicht einzig auf den Export. ALCASA war schon vor dem Regierungsantritt von Chavez ein Staatsbetrieb, aber hierarchisch geordnet, und alle Initiativen gingen vom Management aus. Nun werden die Strukturen umgebaut, und die Belegschaft muss intensiv geschult werden, damit die Demokratie im Betrieb Wirklichkeit wird.

Gewerkschaftsbewegung

Nach einer Ruhepause geht es weiter an die Küste nach Puerto la Cruz, wo sich die Erdölraffinerien des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA (Petroleros de Venezuela S.A.) befinden. Auch hier führen wir Gespräche mit GewerkschaftsvertreterInnen. Wie in vielen Ländern Lateinamerikas ist die Gewerkschaftsbewegung in Venezuela stark zersplittert in eine grosse Zahl von Firmen-, regionalen und lokalen Gewerkschaften. Nach dem Putsch gegen Chavez, an dem sich die Führung der CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela), dem damals wichtigsten Dachverband der Gewerkschaften Venezuelas, aktiv beteiligte, wurde der Aufbau eines neuen Dachverbands nötig. 2003 wurde die UNT (Union Central de Trabajadores) mit über 500 Einzelgewerkschaften gegründet als pluralistische, demokratische, autonome und klassenkämpferische Alternative zur von einer korrupten Bürokratie geführten CTV. Diesen Grundsätzen ist die UNT bis heute treu geblieben. Die CTV ist heute zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft. Die UNT ist ein sehr lockeres Gebilde ohne finanzielle Mittel und professionellen Apparat und ist kaum in der Lage, die zersplitterte und traditionellerweise auch sehr auf politische Leaderfiguren bezogene und daher zerstrittene Gewerkschaftsbewegung zu einigen. Das Gewerkschaftsleben spielt sich immer noch in den Einzelgewerkschaften und den corrientes, den Strömungen oder Fraktionen ab.

Auch wenn dies nicht dem Selbstverständnis von trotzkistischen AktivistInnen und ausländischen „BeraterInnen“ der Gewerkschaften entspricht, so können die Gewerkschaften kaum als die Avantgarde des revolutionären Prozesses angesehen werden. Mitgliederässig liegt das Schwergewicht bei tendenziell privilegierten ArbeiterInnen der Multinationalen Konzernen, der PDVSA sowie beim Staat und nicht in den Bereichen mit den schlechtesten und härtesten Arbeitsbedingungen. Auch sind die Gewerkschaften zum Teil sehr syndikalistisch auf Lohnforderungen konzentriert, ohne klare politische Konzepte.

Gesundheitszentren

In Valencia besuchten wir auch ein Gesundheitszentrum der Mision Barrio Adentro (Gesellschaftsprogramm tief im Armenviertel), in welchem heute die medizinische Versorgung für diejenigen Schichten ge-

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik **52**

Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit

Globale Ungleichheit; Neue Klassengesellschaft; soziale Spaltung; Prekarität; Geschlechterfrage; Neue Unterschicht; Klasse der Lohnabhängigen; Streiks und soziale Kämpfe; Fälschen und Pflegearbeit; Schulische Selektion; Lebenslanges Lernen; Agrotreibstoff gegen Ernährungssouveränität

E. Altvater, K. Dörre, J. Lenz, R. Levy, D. Oesch, W. Eberle / H. Schäppi, V. Pedrina / H. Hartmann, G. Nitz, E. Hug, J. Langewieser, R. Sonderegger

Grundeinkommen / Mindestlohn

A. Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche
M.R. Kältke: Grundeinkommen - Sozialstaatsersatz
A. Rieger / H. Baumann: Mindestlohnpolitik
A. Sirmoglu / P. Streckeisen: Kapitalistische Utopie?
W. Vontobel: Rettet die Marktwirtschaft!

236 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

währleistet ist, die vorher keine medizinische Betreuung hatten. Unter der Herrschaft der Oligarchie arbeiteten ÄrztInnen vorab in privaten Einrichtungen und Spitälern, die für ärmere Schichten zu teuer waren, und hatten keinerlei Interesse an einer Arbeit in den Armenvierteln. Bei der Neuorganisation des Gesundheitsdienstes wurde zuerst versucht, ÄrztInnen aus Venezuela für die Arbeit in den barrios und den Kommunen zu gewinnen. So wurde mit Hilfe kubanischer ÄrztInnen das Gesundheitswesen auf drei Ebenen neu aufgebaut: Am nächsten bei der Bevölkerung sind die Zentren für Konsultationen und ambulante Behandlungen, von denen es heute in Venezuela ca. 5000 gibt. Auf zweiter Stufe stehen die etwa 600 Zentren für leichteren Operationen und nichtambulanten Behandlungen. Die dritte Ebene bilden die Spitäler. Heute arbeiten in Venezuela noch ca. 12'000 ÄrztInnen aus Kuba. Von der Opposition wurde natürlich sofort behauptet, die kubanischen Ärzte hätten keine genügende Ausbildung. Dies ist, wie das meiste, das die Opposition erzählt, blanker Unsinn – jedenfalls waren alle PatientInnen, mit denen wir gesprochen haben, mit ihrer Behandlung und deren Erfolg höchst

zufrieden. In den Gesundheitszentren werden heute Ärzte und vorab auch Ärztinnen aus Venezuela ausgebildet, welche die kubanischen Equipen ablösen können. In der Verfassung Venezuelas von 1999 ist das Recht auf Gesundheitsversorgung ein soziales Grundrecht, das seither konsequent verwirklicht wird. Die Gesundheitsversorgung ist unentgeltlich und wird über den Staat finanziert und über Zuschüsse der staatlichen Erdölfirma PDVSA.

Demonstrationen

Zurück in Caracas machten wir einen Besuch im Aussenministerium und in der Schweizer Botschaft. Es begannen in diesen Tagen die Demonstrationen der Opposition wegen der Nichterneuerung der Konzession für den TV-Sender RCTV (Radio Caracas Television). Jedem, der die Fernsehstrukturen in Venezuela und die Rolle kennt, die dieser Sender beim Putsch gegen Chavez gespielt hat, ist es klar, weshalb diese Konzession nicht erneuert wurde. Wir witzeln darüber, was wohl mit einem Fernsehsender in der Schweiz geschähe, der unter Abspielen gefälschter Bilder zum Sturz des Bundesrates aufrufen würde. Er würde wohl kaum vier Jahre weitersenden.

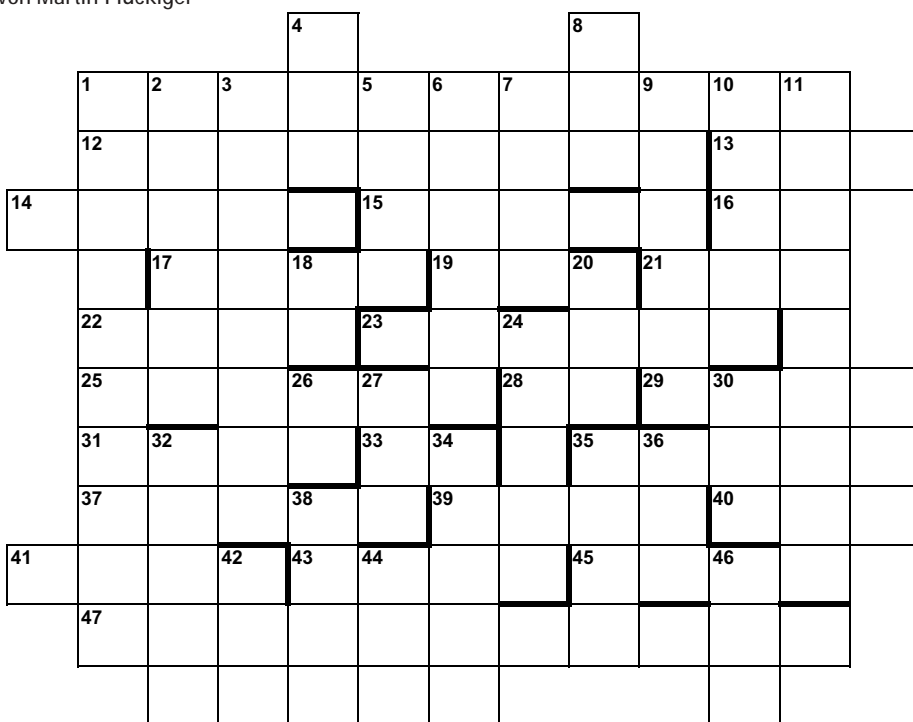
Die Nichterneuerung der Konzession wird nun von der Opposition zum Anlass genommen, um mit Hilfe von Seiten der USA finanziert NGO's eine Art „Orange Revolution“ zu inszenieren. Wie lange die „Studenten“ der Opposition durchhalten, zwischen Swimmingpool und Cüpli-Bar auf die Strasse zu gehen, wird man sehen. Ein ernsthafteres Problem stellt die Tatsache dar, dass in einem Prozess, der wirklich in Richtung einer Infragestellung kapitalistischer Strukturen geht, Teile der Mittelschichten, die Chavez unterstützt haben, nach rechts abschnellen. Das hat ja bis heute bei allen bisherigen revolutionären Prozessen in Lateinamerika, sowohl in Kuba wie auch später im Chile Allendes, eine wichtige Rolle gespielt. So richtig an einen Erfolg der Opposition will hier aber niemand glauben. Tröstlich zu wissen auf dem Rückflug in die Schweiz, wo leider unser reaktionäres Machtkartell nicht in der Opposition ist, sondern immer noch fest im Sattel sitzt.

Hans Schöpfi

Wer sich für den vollständigen Bericht interessiert (6 Seiten), kann diesen auf dem **BastA!-Sekretariat** bestellen.

Kreuzworträtsel

von Martin Flückiger



Waagrecht

1) Umweltgerechte Hausschuhe? Vorsicht, die fliegen davon! 12) Gegenargumente 13) Französisches Wort, mit ion parlamentarischer Vorstoss 14) Der Schauspieler George ist kein heidnischer Abgott, auch wenn sein Vorname das suggeriert 15) Am Nachthimmel noch schöner als auf der Kinoleinwand 16) Das alte Testament in Kurzform 17) Ein Lebervieh, sozusagen 19) Kleine, aber feine Behindertenorganisation (Abk.) 21) Unter keinen Umständen 22) Mit Scharen nicht unbedingt kriegerisch 23) Gefäss, das Demonstrationen

verhindert? 25) Man beginne mit K, und schon landen Mama und Papa im Keller 28) Mit diesem Departement steht Michèle Sandrin auf Kriegsfuss (Abk.) 29) Bei Schwarzsehern beliebter Vogel 31) Wenn Ungleiches sich am Ende gleicht – aber auf diese Frage können Sie sich vermutlich keinen machen 33) Da fehlt nur ein T zur nackten Wahrheit, oder zur Tat 35) Libre genossen macht dieses Land fidel (C = K) 37) So präsentiert sich die Bilanz von Rot-Grün nicht erst nach der Kampagne gegen Übergewicht 39) Was in Frankreich das

Nichts, ist bei uns eine helle Röhre 40) Amerikanischer Desinformationssender (Abk.) 41) In der ersten spielen – zumindest in der Politik – nicht unbedingt die Besten 43) Englische Mahlzeit 45) Dieser britische Captain entdeckte nicht etwa Betty Bossi 47) Plötzlicher Stimmungswandel, wenn beispielsweise jemand in gutgelaunter Gesellschaft einen saublöden Witz erzählt – die Grünen gehen mit diesem Phänomen auf Stimmenfang

Senkrecht

1) Wenn diese Wissenschaft angewandt wird, erzittert ganz Basel 2) Snack, den man (nicht nur) Blocher schieben sollte 3) So verharren Politiker, die Krisen aussitzen 4) Dieses Wort ist im Public Management völlig fehl am Platze 5) In solchen Zellen kann man zuhause baden 6) Zerrissene Basler Ständerätin? 7) Nicht alle mit diesem Vornamen heissen Torelli 8) Dieses unscheinbare, wenn auch häufige Wort verbindet Gott mit der Welt, damit wir darüber reden können 9) Einer der Materie sollte eigentlich Bescheid wissen 10) Nachricht oder Schmelzübergang von Töpferwaren 11) Institution, die aufgeschriebene Töne hortet? 18) In dieses nationale Gremium werden offensichtlich nur NichtraucherInnen gewählt (Abk.) 20) Bewusstseinsweiternd, wenn man die Finger davon lässt 24) Die Crew von Alinghi rechnet mit dessen Blähung 26) 2008 in Basel, aber mit Mehrwegbecher, bitte! (Abk.) 27) Wer sich so macht, ist allein deswegen noch lange nicht interessant 30) Keine Angst: Diese Schützen schießen nicht auf Lehrpersonen 32) Der König der Lüfte in England 34) Darin lautet die Devise: Eile mit Feile! 35) Sprichwörtlich kein Teamplayer, wenn's um die Herstellung von Brei geht 36) Duo wäre in Italien bereits zuviel für diese weltumspannende Organisation 38) Frauenpower im Zeitungsformat 42) Dieses Stinktier fehlt in keinem Kreuzworträtsel 46) Man beginne mit L, und schon erscheint das Nichts in einem Etwas

Kurzkrimi

Von Miguel Zandrín

Kommissar Matteo Santoro wirft einen Blick auf die Leiche und erblasst. „Das ist doch ...“ stammelt er, und seine Assistentin Zina Goldberg fällt ihm ins Wort: „... die Autorin, die uns erfunden hat!“ Santoro gerät ins Grübeln: „Wie ist es möglich, dass ich als Romanfigur in einem Fall ermittle, in dem die Autorin, die mir Leben eingehaucht hat, das Opfer ist?“ – „Plattschuss“, bemerkt Zina trocken. „Was?“ Matteo Santoro ist gereizt und verspürt das dringende Bedürfnis, sich eine Zigarette anzuzünden. Seine Assistentin zeigt auf das Loch in der Stirn des Opfers und kommentiert: „Einfach so weggefegt, mit einem Plattschuss!“

„Da haben wir die Bescherung“, sagt Santoro, „schon wieder ein Fall im pädagogischen Milieu. Wie ich das hasse! Das wird ein Stolperstein!“ „Nein!“, erwidert Zina Goldberg bestimmt, „dieser Fall wird unser Glitzerstein! Denn ich weiss bereits, wer es war!“ Matteo gibt sich verblüfft: „Ach so, das nennt man wohl weibliche Intuition! Kaum am Tatort, kennt meine Assistentin bereits den Namen des Täters!“ „Ja“, erwidert Zina trotzig, „diesmal ist der Rektor

nicht Opfer, sondern Täter. Das ergibt sich aus der Logik des Romans, dem wir beide entsprungen sind.“

Santoro schaut seine Assistentin von der Seite an. Wenn er jetzt rauchen könnte, wäre alles viel einfacher. Aber die Zeiten, in denen kettenrauchende Privatdetektive und Kommissare die Kriminalromane bevölkerten, sind endgültig vorbei. Auch Matteo musste sich schliesslich eingestehen: „Nur, weil du schlotest wie ein Kamin, bist du noch lange kein Philip Marlowe“ – und hörte auf zu rauchen. Seither kaut er Plastiksprenstoff. War ursprünglich eine Mutprobe in der Rekrutenschule, an die er sich in der Not erinnert hat. Plastiksprenstoff ist auf dem Schwarzmarkt günstiger erhältlich als Zigaretten.

Matteo ruft sich zur Ordnung, denn seine Assistentin schaut ihn erwartungsvoll an. „Sie denken an diesen Affendingsbums, nicht wahr?“ „Ja“, erwidert Zina, „ich denke an Affentranger, seines Zeichens Rektor der Kleinklassen, mit unserer Autorin in innigster Feindschaft verbunden.“ „Aber der spielt im Roman doch nur eine erbärmliche Nebenrolle“, wendet Matteo ein. „Eben“, kontert Zina, „der wollte die Hauptrolle, und hat sie nicht gekriegt. Wenn das kein Motiv ist!“

„Ich hoffe, Sie haben recht, und wir können diesen Fall abschliessen“, seufzt Santoro, „ich hab nämlich keine Lust, nochmals in diesem pädagogischen Sumpf herumzustochern.“ „Das ist kein Sumpf“, erwidert Zina belehrend, „das nennt sich New Public Management. Eine knallharte Sache. Da wird Teamgeist von oben verordnet, und wer sich in das autoritär geleitete Team nicht einfügt, geht oder wird gegangen. Die Lehrpersonen finden vor lauter Qualitätskontrollen kaum noch Zeit für den Unterricht. Dafür ist ihre Qualität gesichert, gespeichert im Archiv eines Schreibtischtä-

ters, der sich Rektor nennt oder Schulleiter, in diesem Wirrwarr der Hierarchien kennt sich ja sowieso niemand mehr aus.“

Matteo verkneift sich die Frage, woher Zina Goldberg das jetzt wieder weiss. Stattdessen sinniert er laut vor sich hin: „Es ist schon eigenartig. Unsere Autorin hat Zustände angeprangert, und alle reden nur darüber, wer sich in welcher Romanfigur wiedererkennt. Also Hunkeler wird sich in mir kaum wiedererkennen, dafür ist er zu clever. Aber, verdammt noch mal, an den Zuständen ändert sich durch das kollektive Ratespiel, wer nun im Roman wen verkörpert, rein gar nichts!“ Zina Goldberg schaut ihren Chef belustigt an. „Du bist und bleibst ein naiver Trottel. Zustände ändern sich nie, ausser, man tut es. – So, und jetzt verzieh ich mich in mein Büro, um meiner Lieblingsbeschäftigung zu huldigen: Berichte schreiben!“ Zina zwinkert ihrem Chef komplizenhaft zu und saust auf ihrem Fahrrad Marke Leningrad Richtung Lohnhof.

Santoro ist gerührt. Seine Assistentin hat ihn zum ersten Mal geduzt. „Du bist und bleibst ein naiver Trottel“, hat sie gesagt. Das gibt Matteo zu denken. „Schade, dass meine Autorin tot ist. Im nächsten Roman hätte es bestimmt geklappt mit Zina und mir. Aber so ist das Leben: Immer, wenn es spannend wird, kommt ein Mord dazwischen.“

Matteo Santoro fühlt sich schlapp. Er weiss, dass seine Tage als Romanfigur gezählt sind. Ihm steht eine unruhige Nacht bevor. Er wird von Zina träumen und von Zuständen, die sich nie ändern, ausser, man tut es.

Die Geschichte ist frei erfunden. Jede Ähnlichkeit mit real existierenden oder bereits verstorbenen Romanfiguren wäre rein zufällig. Mit den Zuständen befasst sich Michèle Sandrins Roman: „...lernt Hans nimmer mehr“, edition fischer GmbH, Frankfurt am Main 2007.

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Veranstaltungen

Bedingungslos und existenzsichernd:
Das Grundeinkommen als Menschenrecht

Vor zwei Jahren fand in Wien der erste Grundeinkommens-Kongress im deutschen Sprachraum statt. Der Erfolg dieses Kongresses beflügelte die Veranstalter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, einen zweiten Grundeinkommens-Kongress zu organisieren.

Er findet vom 05. bis 07. Oktober 2007 an der Universität Basel statt.

Namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden verschiedene Aspekte der Thematik beleuchten.

Das detaillierte Programm findet ihr unter folgender Internetadresse:

www.grundeinkommen2007.org

Impressum: Nr. 3/September 2007. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel